

Kommunen

NRW-Städte sind verschuldet wie nie

Von Holger Dumke und Jan Jessen

An Rhein und Ruhr. Trotz Stärkungspakt: Die Städte und Gemeinden in NRW sind mit fast 60 Milliarden Euro in der Kreide. NRW-Innenminister Ralf Jäger fordert mehr Unterstützung vom Bund.

Trotz der Hilfe vom Land, trotz brummender Konjunktur und wachsender Steuereinnahmen: Die Verschuldung der Kommunen in NRW steigt weiter und hat Ende vergangenen Jahres ein neues Rekordhoch erreicht. Mit fast 60 Milliarden Euro standen die Städte und Gemeinden in der Kreide. Auf jedem Bürger lastet rechnerisch eine kommunale Verschuldung von 3408 Euro - etwa die Hälfte mehr als vor zehn Jahren, wie das statistische Landesamt gestern vorrechnete. Die CDU im Landtag wirft der rot-grünen Landesregierung vor, "kein Rezept gegen das kommunale Verschuldungsproblem" zu haben.

Die Landesregierung hatte Ende 2011 mithilfe der FDP den sogenannten Stärkungspakt verabschiedet, um besonders finanzschwachen Kommunen zu helfen. Bis 2020 will das Land für bedürftige Kommunen insgesamt 5,8 Milliarden Euro bereitstellen. Die CDU im Landtag bezweifelt die Wirksamkeit dieser Maßnahme: Selbst "die vom Land unterstützten Stärkungspaktkommunen haben die Summe der Kassenkredite um eine halbe Milliarde" erhöht, so André Kuper, der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion, der ein "Gesamtkonzept" einforderte: "Rot-grüne Flickenschusterei" helfe nicht weiter, so Kuper. Auch der Bund der Steuerzahler sieht keine Erfolge beim Stärkungspakt. Landesvize Eberhard Kanski warnte vor künftig mutmaßlich steigenden Zinslasten: "Das ist eine tickende Zeitbombe." Bei einem Zinssatz von 1% müssten die Kommunen schon heute eine Milliarde Euro für ihre Kassenkredite aufwenden. Sollte sich der Satz auf 2% verdoppeln, "kommt da eine weitere Zins-Milliarde hinzu" - sofern die Schulden nicht sinken, was sich derzeit nicht abzeichne, im Gegenteil.

Innenminister Ralf Jäger (SPD), Initiator des Stärkungspakts, sieht die Bringschuld hingegen beim Bund: Die Hilfsprogramme auf Länderebene könnten nur dann ihre volle Wirkung entfalten, "wenn auch der Bund die versprochene Unterstützung leistet", so Jäger zur NRZ. Angesichts der rasant wachsenden Sozialausgaben bräuchten die Kommunen möglichst zügig die Reform der Eingliederungshilfe. Die könnte die Kommunen um jährlich fünf Milliarden Euro entlasten, soll aber nach jetziger Planung erst ab 2018 greifen.

Das große Ziel heißt: ausgeglichener Etat, also keine neuen Schulden mehr. In Oberhausen gab's das zuletzt 1992, 2017 soll es nun wieder so weit sein. Die Stadt spart eisern darauf hin, das verlangt der Stärkungspakt, das Sparen tut richtig weh. Im Rathaus fällt mittelfristig jede zehnte Stelle weg, Dienstleistungen werden gekürzt, Steuersätze sind in astronomische Höhen geklettert. "Wir haben ein Riesen-Sparpaket, das ist nicht mehr feierlich", sagt Kämmerer Apostolos Tsalastras (SPD).

Er ist ein wackerer Mann. Nirgendwo sonst in NRW ist die Pro-Kopf-Verschuldung so hoch, Oberhausen ist die Kirchenmaus im Land, Tsalastras macht seinen Job trotzdem gern. Die Kommune ächzt unter den Sparzwängen, der Kämmerer sieht aber eine große Bereitschaft "die Stadt zum Positiven zu bewegen".

Wenn das alles zum Erfolg führt - was keineswegs ausgemachte Sache ist - kann Oberhausen ab 2017 beginnen, mit etwaigen Haushaltsüberschüssen den Schuldenberg abzutragen. Das klingt prima, nur: Wie wird das dann konkret aussehen? Zehn Millionen Euro, so schätzt Tsalastras, könnte man dann pro Jahr übrig haben, um Kredite zu tilgen - "wenn es gut läuft". Mal nachgerechnet: Bei einem Schuldenberg von schon jetzt fast 1,82 Mrd Euro, wäre Oberhausen also in 182 Jahren schuldenfrei. Wenn es gut läuft. Illusorisch.

Essens Kämmerer Lars Martin Klieve (CDU) denkt nicht so weit in die Zukunft. Seine Stadt hat in der Summe die höchsten Schulden bundesweit, satte 3,27 Milliarden Euro. Läuft alles planmäßig, werden sie in Essen in diesem Jahr anfangen Schulden zu tilgen. Das erste Mal seit 1982. Bis Ende des Jahrzehnts will Klieve den Schuldenberg um 500 Millionen Euro abgetragen haben. Schon, um sich vor künftigen neuen Schulden zu schützen: "Das ist das einzige Mittel, das uns vor steigenden Zinsen rettet." Klieve ist einer, der nicht nur jammern will. Er lobt das Land: "Der Stärkungspakt hat uns Luft unter die Flügel geblasen", sagt er. Und wenn man Hilfe erwarte, müsse man sich auch selbst ändern. Das haben sie in Essen gemacht und z. B. in den vergangenen drei Jahren über 500 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Den wiederkehrenden Hinweis der Landespolitik, dass die steigenden Sozialausgaben die Kommunen erdrücken würden, weswegen der Bund aktiv werden müsse, kontert Klieve kühl: "Keine einzige Sozialgesetzgebung des Bundes ist ohne Zustimmung des Bundesrats erfolgt."

Für Klieves Kollegen Tsalastras steht allerdings fest: Bund wie auch Land müssen helfen, das Land noch mehr als es das jetzt tut. "Entschuldung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe", sagt der Oberhausener Kämmerer und verweist auf die Belastungen des Strukturwandels. Vor Ort jedenfalls, leiste man seinen Teil, es gibt auch Hoffnungsvolles zu berichten. Neue Firmen kommen. Bilfinger Power Systems etwa hat in Oberhausen seine Europazentrale angesiedelt. Hohe Gewerbesteuer hin oder her.